

R10

Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

angenommen

1 **Vision 2010 – Keine Patente auf Leben!**

2
3 Die Landeskonferenz möge beschließen:

4
5 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD Saar fordern ein internationales
6 Verbot von Patenten auf Lebewesen, Natursubstanzen, Zellen und Gene. Es darf lediglich
7 deren technische Anwendung patentiert werden. Allerdings ist ein völliges Verbot der
8 kommerziellen Nutzung von menschlichen Genen, Stammzellen und Embryonen von
9 Nöten.

10 11 **Begründung:**

12 Immer mehr Unternehmen eignen sich Patentrechte an Pflanzen, Tieren, Substanzen und
13 Genen aus der Natur an. Sie eignen sich also Rechte an diesen an, ohne dass sie etwas
14 Neues entwickelt, sondern lediglich eine Entdeckung gemacht haben.

15 Ein Patent ist aber eine Sicherung der Rechte an einer eigenen neuen Entwicklung, somit
16 ist dies schon vom Sinn des Patenten her abzulehnen.

17 Des Weiteren kommerzialisiert, beschränkt und verhindert ein solches Patent (z.B. auf
18 einen Pflanzenstoff) die traditionelle Verwendung von Substanzen aus der Natur (z.B. die
19 traditionelle Verwendung von Pflanzen als Pestizide).

20 Noch viel wichtiger ist aber, dass Leben über Werteinteilungen steht und nichts ist, was
21 jemand besitzen darf oder kann. Dies trifft insbesondere auf das menschliche Leben zu.
22 Hier darf es keine Kommerzialisierung in der Humanforschung geben, denn die Würde
23 des Menschen ist unantastbar. Diese Forschung soll allein dem Wohle aller dienen und
24 nicht dem weniger. Sie ist mit besonderem Respekt zu betreiben.

25 Die technische Anwendung von Entdeckungen, sofern sie nicht den Menschen selbst
26 betreffen, muss allerdings möglich bleiben, um Forschung und Fortschritt zu garantieren.

27 Wenn dies nicht der Fall ist, wird niemand mehr in die Forschung (z.B. an Medikamenten
28 aus Natursubstanzen) investieren, da andere Unternehmen die Produkte ohne
29 Einschränkung ebenfalls produzieren. Diese Unternehmen müssen dann allerdings keine
30 Entwicklungskosten tragen, weshalb sie ihre Produkte zu viel niedrigeren Preisen
31 anbieten können. So trüge das Unternehmen, das die Produktentwicklung getätigt hat die

1 Kosten, könnte diese aber nicht mehr decken. Dies hätte den Stillstand in dieser
2 Forschung zur Folge.

3

4

5

R11	Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern
	<input type="checkbox"/> verwiesen an .Landesausschuss

6 **Vision 2010 – Massenvernichtungswaffenfreies Deutschland**

7

8 Die Landeskonferenz möge beschließen:

9

10 Bereits in den Pariser Verträgen wurde Deutschland der Besitz und von ABC-Waffen
11 verboten, was durch den Atomwaffensperrvertrag und den 2+4-Vertrag bestärkt werden
12 sollte. Allerdings handelt es sich nur um ein begrenztes Verbot, das vor allen Dingen den
13 Transport und die Stationierung in Deutschland nicht betrifft. Lediglich die
14 „Verfügungsgewalt“ darf nicht in die Hände von Deutschland fallen. Hierdurch wird die
15 Stationierung fremder ABC-Waffen in Deutschland ermöglicht, wie es beispielsweise in
16 Büchel der Fall zu sein scheint.

17

18 Wir fordern, dass ein Verzicht auf Herstellung, Entwicklung und Besitz von und auf
19 Verfügungsgewalt über ABC-Waffen im Grundgesetz festgeschrieben werden soll. Wir
20 fordern des Weiteren ein Verbot bezüglich der Stationierung von
21 Massenvernichtungswaffen in Deutschland und bezüglich des Transports selbiger über
22 oder durch Deutschland. Außerdem sollen andere Staaten davon überzeugt werden es
23 Deutschland gleich zu tun.

24

25 **Begründung:**

26 Massenvernichtungswaffen verstoßen gegen das Völkergewohnheitsrecht, das nach Art.
27 25 GG verbindlich ist, da sie nicht zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheiden,
28 unnötige Grausamkeiten und Leiden verursachen und neutrale Staaten treffen können.
29 Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Gutachten vom 8.7.1996 eindeutig
30 festgestellt, dass nicht nur der Einsatz, sondern bereits die Androhung von Atomwaffen
31 grundsätzlich gegen das Kriegsvölkerrecht verstößt. Lediglich in einer